

PRESSEMITTEILUNG



z.Hd. dem/der Chefredakteur/in

DGB: Kritik am Polizeieinsatz am 07.11.2009 Angemeldete friedliche Gegendemonstration stark behindert

PM

12.11.09

Als „unangemessen“ und „unverhältnismäßig“ bezeichneten die Mitglieder der DGB-Jugend Halle-Dessau die Polizeiaktionen gegen die friedlichen Gegendemonstranten zum Naziaufmarsch am 07.11.2009 in Halle. In der Auswertungsrunde am heutigen Donnerstag, an der u.a. auch der DGB Regionsvorsitzende Johannes Krause teilnahm, äußerten sich die anwesenden Gewerkschaftsvertreter/innen verärgert über das Verhalten der Einsatzkräfte und bezeichneten das regelrechte „Einsperren“ der friedlichen Gegendemonstranten, als „ein Akt undemokratischen Verhaltens und Verstoß gegen die Meinungs- und Demonstrationstionsfreiheit“.

DGB Region Halle-Dessau

Büro Halle

Tel. Nr. 0345-6826911

Fax Nr. 0345-6826910

E-Mail: halle@dgb.de

Internet:

www.region-sachsen-anhalt-sued.dgb.de

Martin Donat, IG Metall Jugendsekretär und Vertreter der DGB Gewerkschaftsjugend sagte: „Wir sollten am Sonnabend regelrecht hinter Gittern eingesperrt und wie eine Viehherde getrieben werden, ohne jedoch die Möglichkeit zu haben, friedlich gegen den Naziaufmarsch demonstrieren zu können. Videoaufnahmen und Taschenkontrollen auf Verdacht waren dann der Höhepunkt. Und dass sich der Einsatzleiter als –Führer vor Ort- vorstellte, übertraf jeglichen Zynismus!“

Die anwesenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren sich einig: Das Vorgehen der Polizei gegen eine vom DGB ordnungsgemäß angemeldeten und friedlichen Demonstration und deren Teilnehmer/innen, war ein Akt beispielloser und unverhältnismäßiger Härte. Den Demokraten, Gewerkschafter/innen und den friedliebenden Teilnehmer/innen jegliche Möglichkeit zu nehmen, sich gegen Nazis, die im Übrigen unbehelligt und frei von sichtbaren Einschränkungen marschieren durften, friedlich aufzulehnen, war und ist eine Schande.

Yvonne Kresse, IG BCE Jugendbildungsreferentin; „Trotz mehrfacher Gespräche im Vorfeld mit der Polizei, konnten wir an diesem Tag keine angestrebte Sicherheitspartnerschaft erkennen. Hier muss die Polizei in Halle einfach noch von den Nachbarstädten wie z.B. Leipzig lernen. Faschismus ist keine Weltanschauung – Faschismus ist ein Verbrechen! Und deshalb ist es notwendig und es muss auch möglich sein, sich friedlich zu wehren. Auch in und besonders in Halle.“